

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltg.: Drag II., Petřikova 15 • Leipzig: 26793, 31469 • (Korrespondenzen): 26797 • Postfach: 57544

11. Jahrgang.

Dienstag, 24. November 1931

Nr. 273.

Hitler sondiert beim Vatikan? Er findet aber keine Gegenliebe.

Rom, 23. November. Wie verlautet, versucht ein hier anwesender Agent Hitlers mit dem Vatikan Verhandlungen zum Zweck der Zurückziehung des Verbotes anzuknüpfen, das einer Anordnung des Mainzer Bischofs zufolge den Katholiken den Eintritt in die nationalsozialistische Partei untersagt. Nach Ansicht der Anhänger Hitlers würde der Widerruf dieses Verbotes die Koalition der Partei mit dem Zentrum in Venedig und später im ganzen Reich möglich machen.

Der Vatikan soll dem Ansuchen nicht günstig gegenüberstehen, trotzdem Hitler eine Popalitätsklärung abgegeben habe.

18 Monate Gefängnis gegen den Herausgeber der „Weltbühne“.

Hochverratsprozess hinter geschlossenen Türen.

Berlin, 23. November. Das Reichsgericht verurteilte heute den Herausgeber der „Weltbühne“ Ossietzky und einen Mitarbeiter namens Kreiser zu je einjährig-jährigen Gefängnis wegen Verrates militärischer Geheimnisse. Kreiser hatte in der „Weltbühne“ einen Artikel unter dem Titel „Wirdiges aus der deutschen Luftschiffahrt“ veröffentlicht, in dem die Subventionen im Reichsbudget an die „Luftkranja“ kritisiert worden waren. Wegen dieses Artikels war die Anklage erhoben worden.

Die Gerichtsverhandlung war von ihrem Beginn bis zur Urteilsverkündung geheim; auch bei der Verlesung der Urteilsbegründung wurde die Öffentlichkeit neuerdings ausgeschlossen, und den Anwesenden überdies Schweigegebot auferlegt.

Paul Boncour tritt aus der sozialistischen Kammerfraktion aus.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß der bisherige Deputierte des Wahlkreises Tarn und Angehörige der sozialistischen Kammerfraktion Paul Boncour seinen Austritt aus der sozialistischen Kammerfraktion angemeldet hat.

Paul Boncour, einer der angesehensten Rechtsanwälte Frankreichs, ist ein glänzender Redner und in seinem Wahlkreis äußerst beliebt, da man in Frankreich sehr oft die äußeren Attribute des Politikers, Aufreiter und Redegewalt, höher schätzt als seine Gesinnung. Er war der Mandatsnachfolger Jaurès und ist erst jetzt, bei seiner Wahl zum Senator in einem anderen Wahlkreis überstiegen. Als Nachfolger Jaurès' fühlte er sich auch in dem Sinne, daß er sich vorwiegend mit militärischen Problemen beschäftigte und Jaurès' Propaganda für die große Militärmarine forsierte. Leider ist das, was vor 1914 ein revolutionäres Programm war, Jaurès' „neue Armee“, die Bewaffnung des gesamten Volkes, und wovon sich Jaurès die Verhinderung jedes Eroberungskrieges versprach, heute zum Programm der Reaktion geworden. Heute bedeutet das „Volk in Waffen“, wie es Boncour in seiner Wehrgeistesvorlesung forderte, erhöhte Kriegsgefahr und die Einordnung aller in die Kriegsmaschine. Daher geht Boncour in immer wachsenderem Gegensatz zu seiner Partei. Selbst die Rechte der Partei (Cenaude) teilte seine Auffassungen nicht und seit langem schwebte ein Ausschlussverfahren gegen ihn. Jeder Parteitag hatte sich mit dem Problem Boncour zu beschäftigen. Dem letzten Parteitag in Tours wohnte Boncour nicht mehr bei. Während in Wien der Kongreß der Internationalen sagte, trat er im Haag als der Anwalt der französischen Regierung gegen die deutsch-österreichische Fokionation auf. Es kam dazu, daß er auch als Anwalt Projekte führte, die der Partei höchst unerwünscht waren. So vertrat er die Forderungen der monarchistischen Prinzessin Milica, einer geborenen Prinzessin von Montenegro, gegen die Deutsche Republik, die dieser Dame tatsächlich eine Fürstentum abfindung zahlen mußte.

War Boncour in Frankreich selbst, wo man von Parteizucht weniger strenge Auffassungen hat als bei uns und den Einzelgänger zu dulden geneigt ist, noch erträglich, so bedauerte er für die Sozialistische Internationale eine schwere moralische Belastung. Boncour mag ja ein platonischer Liebhaber sozialistischer Ideen, stellt sich aber der Welt zu ihrer Verwirklichung doch ein wenig anders dar, als es einem auch noch so rechts stehenden Sozialisten gestattet sein kann.

„Der Ferne Osten ein Pulverfaß“.

Bestimmte Betrachtungen der Sowjetpresse.

Moskau, 22. November. (Tag.) In einem Artikel unter der Überschrift „Erste Lage in der Mandchurei“ schreibt „Iswjestija“:

Die Lage in der Mandchurei wird mit jedem Tage ernstlicher. Die imperialistischen Mächte, die wiederholt Verträge wegen Aufteilung Chinas abgeschlossen haben, vermögen in diesem Fall nicht gegen Japan vorzugehen, ohne eine gegenseitige Fehde zu entfesseln, da jeder von ihnen lediglich daran denkt, sich eine Entschädigung für die Verstärkung des japanischen Einflusses in China zu sichern. Der japanische Imperialismus erwehert und veranlaßt die Okkupation, ohne zunächst befürchten zu müssen, daß andere kapitalistische Mächte ihn daran hindern könnten. Die Lage im Fernen Osten ist dadurch noch komplizierter, daß die japanische Militärclique ihre eigene Politik betreibt und eine sehr gefährliche Lage schaffen kann. Die Agitation der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion weckt in der japanischen Militärclique und in den imperialistischen Kreisen den Gedanken,

daß die Zustimmung der imperialistischen Mächte zur Annektion der gesamten Mandchurei leichter zu erlangen sein werde, als zur Annektion der Südmandschurei allein.

Man darf keinen Augenblick vergessen, schließt „Iswjestija“, daß der Ferne Osten ein Pulverfaß ist, das durch das Vorgehen der Imperialisten zur Explosion gebracht werden kann.

China lehnt Untersuchungskommission ab.

Paris, 23. November. Der chinesische Delegierte Dr. Sze sandte an den Völkerbund eine Note, in welcher er erklärt, die Entsendung einer Untersuchungskommission wäre nach chinesischer Ansicht absolut illusorisch, wenn nicht gleichzeitig verfügt werden würde, daß die japanischen Truppen sofort den Rückzug aus der Mandchurei beginnen müssen. Es sei ihm absolut unmöglich, den Antrag des

SPD warnt die Regierung

Gegen die einseitige Lohnsenkungspolitik.

Berlin, 23. November. Am Montag abends hatten die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine längere Besprechung mit Reichskanzler Dr. Brüning. Dabei brachte, wie verlautet, der fraktionsvorsitzende Dr. Breitscheid zunächst eine Warnung an die Regierung zum Ausdruck vor den wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Fortsetzung der einseitigen Lohnsenkungspolitik nach sich ziehen würde.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden dann die Fragen der Agrarpolitik und der Sozialpolitik, insbesondere der Invalidenversicherung, besprochen.

Neuer Bantensandal in Frankreich.

Die Kolonialbank geht mit 90 Millionen pleite.

Paris, 23. November. Heute wurde der Bankier Georges Froment, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kolonialbank für die Organisation öffentlicher Unternehmungen in den Kolonien, wegen schuldhafter Kredite mit einer Schadenssumme von 90 Millionen Franken verhaftet. Die Bank unterhielt 20 Filialen und besaß zahlreiche Unternehmungen in den französischen Kolonien.

Loucheur gestorben

In Paris ist der französische Politiker Louis Loucheur gestorben, der in dem Jahrzehnt nach dem Kriege an verschiedenen, aber durchwegs bedeutsamen und oft entscheidenden Stellen gewirkt hat. Loucheur, der Techniker war, wurde von Rainaldé 1917 in die Politik gezogen und wurde dann einer der Mitarbeiter Clemenceaus. Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Friedensverträge sind unter seiner Mitwirkung entstanden. Inzwischen gehörte er zu denen, die manchen Irrtum von Versailles erkannten und auch bereit waren, ihn zu revidieren. In den Kabineten galt er bald als der Vertreter der Industrie und als eine Art Parner für Stinnes und andere deutsche

Rates zu erwägen, wenn dieser nicht gleichzeitig auch mit dem Antrag auf Abberufung der japanischen Truppen verbunden sein würde.

Paris, 23. November. Nach „Petit Parisien“ soll man beabsichtigen, die Studienkommission, die der Völkerbund nach der Mandchurei zu entsenden beabsichtigt, aus einem militärischen Sachverständigen (Franzosen), einem Juristen (Engländer) und einem mit den mandchurischen Verhältnissen vertrauten Staatsmann (Amerikaner) zu bilden. Als militärischen Sachverständigen habe man anscheinend an General Beggand gedacht, jedoch soll dieser angeblich abgelehnt haben, weil er als Vizepräsident des französischen Obersten Kriegesrates notwendiger Weise beim Zusammenritt der allgemeinen Abrüstungskonferenz in Europa sein müßte. Man rechne natürlich damit, daß die Enquete in der Mandchurei drei bis vier Monate dauern werde.

„Räuberbanden“ als Vorwand.

London, 23. November. Einer „Times“-Meldung aus Tokio zufolge hat das japanische Innenministerium bekanntgegeben, daß die Armee keinen Angriff auf Tschintschou plane; das Ministerium soll allerdings hinzugefügt haben, daß Maßnahmen gegen Räuberbanden, die zwischen Mandschu und Tschintschou ihr Unwesen treiben, geplant seien.

Ma reorganisiert.

London, 23. November. Das Reuters-Büro meldet aus Peking: Der chinesische General Ma Shiangshan hat eine neue Provinzialregierung in Saitan eingesetzt. Die Fronz seiner reorganisierten Armee erstreckt sich jetzt vom Konfluenz nördlich von Tschitar bis Saitan. Ma Shiangshan will jedes japanische Vordringen zurückschlagen und nach Süden marschieren, sobald die Japaner die Räumung beginnen. Dafür liegt allerdings kein Anzeichen vor.

Industrielle. So hat er sich gewisse Verdienste um das Zustandekommen des Locarno-Vertrages und vor allem der wirtschaftlichen Voraussetzungen hierzu erworben. Loucheur sah die Notwendigkeit einer französisch-deutschen Verständigung ein und besaß die Autorität, seine Ansicht auch gegen widerstrebende politische Ideologen durchzusetzen. Sein Verlust veranlaßt die französische Politik eines hervorragenden Wirtschaftsjuristen und eines Staatsmannes, der den Mut seiner Erkenntnisse hatte. Als Vertreter des Kapitals hat Loucheur nicht anders wie auf dem rein politischen Gebiete niemals zu den Scharfmachern, sondern stets zu den konkompromittierten Leuten gehört.

Kapitalflucht nach Liechtenstein.

Wien, 23. November. Die der „Montag“ meldet, wurden in der letzten Zeit im Fürstentum Liechtenstein 30 Holdinggesellschaften, größtenteils österreichische Unternehmungen, gegründet, um auf diese Weise Milliardenbeträge außer Land zu bringen und dem Zugriff des österreichischen Staates zu entziehen. Neben der Größe dieser Kapitalflucht, die nicht nur aus Österreich, sondern auch aus Deutschland stattgefunden hat, kann man sich einen Begriff machen, wenn man weiß, daß der Umsatz der liechtensteinischen Landesbank sich im letzten Jahre von 2,5 Millionen Schweizer Franken auf 40,5 Millionen Schweizer Franken erhöhte. Der Fremdenverkehr im Lande nahm über 30 Prozent zu und es ist ein Mangel an Wohnräumen vorhanden, um die Büros der Holdinggesellschaften unterzubringen. Man spricht von diplomatischen Schritten, die in Liechtenstein unternommen werden sollen.

Vor der Präsidentenwahl in Spanien.

Madrid, 23. November. Die Wahl des Präsidenten der spanischen Republik wird am 10. oder 14. Dezember stattfinden, je nachdem die Verfassung bereits Ende dieser oder Anfangs nächster Woche definitiv ausgearbeitet sein wird. Für die Wahl kommt in erster Linie der erste Ministerpräsident der provisorischen Regierung Alcalá Zamora in Betracht.

Die Notgesetze.

Zeit dem Sommer des heurigen Jahres kann man die Beobachtung machen, daß auch die Finanzen aller Industrieländer in den Wirbelsturm der Weltwirtschaftskrise hineingezogen werden. Deutschland ist unfähig, die Reparationen zu zahlen, weswegen dem Reiche ein einjähriger Zahlungsaufschub bewilligt wurde, England sah sich genötigt, sein Budget zu droffeln und selbst die Vorschläge der reichsten Länder, wie der Vereinigten Staaten und Frankreich weichen Milliardenbesitz auf. Kein Wunder, wenn auch die tschechoslowakischen Staatsfinanzen unter den Einwirkungen der Krise empfindlich leiden.

Die Wirkung der Krise auf die Finanzen des Staates ist eine doppelte: Herabsetzung der Einnahmen und Vergrößerung der Ausgaben. Mit der Herabsetzung der Einnahmen wurde bereits bei der Aufstellung des Budgets gerechnet. Während die direkten Steuern im Vorschlag für 1931 mit 1665 Millionen veranschlagt wurden, erschienen sie im Budget für 1932 mit nur 1518 Millionen veranschlagt. Ebenso mußten die Summen für die Umsatzsteuer von 1240 auf 1030 Millionen, für Verbrauchssteuern von 1827 auf 1806 Millionen, für die Zölle von 1250 auf 1020 Millionen und für Gebühren von 1670 auf 1585 Millionen herabgesetzt werden. Daß die Herabsetzung der präliminierten Summen notwendig war, geht daraus hervor, daß in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres der Ertrag der direkten Steuern, der Umsatzsteuer, der Zölle, der Verbrauchssteuern, der Gebühren und Monopole, woraus sich die Haupteinnahmen des Staates zusammensetzen, um 711 Millionen geringer war, als im Vorschlag für 1931 angenommen wurde. Ueberdies ist zu erwarten, daß die Einnahmen der Eisenbahnen, der Post und Tabakregie im Jahre 1932 noch geringer sein werden als im heurigen Jahre, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich bessern werden, wozu leider noch immer keine Aussicht vorhanden ist.

Während aber die Staatseinnahmen zurückgegangen sind, sind gewisse Staatsausgaben gestiegen. Es wurde die Dauer der Arbeitslosenunterstützung verlängert, produktive Arbeitslosenunterstützung und Lebensmittelbeteiligung der Arbeitslosen wurden eingeführt und es ist ja auch im heurigen Finanzgesetz vorgesehen, daß der Staat für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung eine Anleihe von 300 Millionen aufnehmen kann, wenn er mit den Vorschlagssummen das Auslangen nicht findet. Von dieser Möglichkeit wird sicherlich Gebrauch gemacht werden müssen, ja noch mehr! Es ist sehr die Frage, ob der Staat mit dem 300 Millionen-Kredit auskommen wird und es ist wahrscheinlich, daß irgend ein Notfonds für Arbeitslose zur Einführung wird gelassen müssen.

Wie kann man nun das Geld notwendig im Staatshaushalt herstellen? Man könnte dies tun, indem man Anleihen aufnimmt, die wieder entweder kurzfristig oder langfristig sein könnten. Die Aufnahme kurzfristiger Anleihen würde den Geldmarkt derart in Anspruch nehmen, daß kein Geld übrig bliebe für die geplanten Investitionen der öffentlichen Körperschaften. Außerdem könnte eine übergroße Vermehrung der umlaufenden Schatzscheine auch von schädlicher Wirkung für die Währung begleitet sein. Aber auch die Unterbringung einer größeren langfristigen Anleihe könnte auf Schwierigkeiten stoßen und es ist möglich, daß eine solche große Anleihe nur unter drückenden Bedingungen und folgenreicheren Sicherungen (etwa Verpfändung von Einnahmen aus Staatsbetrieben) zu haben wäre. Es bleibt also der Finanzverwaltung nichts anderes übrig, als die Ausgaben zu senken und die Einnahmen zu erhöhen.

Der Finanzminister hatte, wie bereits bekannt, verschiedene Pläne, die Einnahmen zu erhöhen. Es handelte sich da insbesondere um die Erhöhung von indirekten Abgaben, wie der Zündhölchsteuer und um Zollerhöhungen. Dieser Absicht sind die sozialistischen Parteien entgegengetreten und diese Pläne des Finanzministeriums mußten zurückgestellt werden. Statt dessen wird eine Erhöhung der direkten Steuern kommen, das heißt, es wird der Grundsatz zur Anwendung gebracht, daß die zahlungs-kraftigeren Schichten der Bevölkerung die neuen Lasten zu tragen haben. So wird die Einkommensteuer erhöht, und zwar bleiben die Einkommen bis 30.000 Kronen von der Erhöhung frei, von da an tritt eine Progression ein, die 6 bis 30 Prozent beträgt. Ebenso wird die Lohnteuernsteuer erhöht, hier beträgt die Erhöhung 100 bis 200 Prozent. Wie man sieht, greift also die Koalitionsregierung zu ganz anderen Steuererhöhungen, als der Bürgerblock, obwohl damals die wirtschaftlichen Verhältnisse längst nicht so kritisch waren wie heute.

An die Senkung der Staatsausgaben wurde schon bei der Zusammenstellung des Budgets gedacht, dessen Ausgaben summe um 500 Millionen geringer ist als im Vorjahre, wobei fast alle Ministerien — auch das Ministerium für nationale Verteidigung — von dieser Ausgaben senkung getroffen wurden. Diese Ersparungen sind aber zu gering, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen und deshalb mußte man mitten in den Budgetberatungen zu neuen Verabsetzungen schreiten. Diese Verabsetzungen betreffen die Einkünfte des Präsidenten der Republik, der Minister, der hohen Staatsbeamten und der Abgeordneten, bei denen die Reduktion der Bezüge sich auf 6 bis 16 Prozent beläuft. Außerdem wird eine Kürzung der Weihnachtsgeld der Staatsangestellten geplant, die 50 Prozent beträgt. Aber auch diese gekürzten Ausbisse sollen nur an diejenigen Staatsbeamten ausbezahlt werden, deren Einkommen nicht höher ist als 30.000 Kronen, die verheiratet sind und Kinder haben.

Sicherlich wird die Kürzung der Weihnachtsgeld der Staatsangestellten schmerzhaft empfunden werden. Es ist erst ein Jahr her, daß die Staatsangestellten diese Ausbisse erhielten, sie haben sich also ihrer nicht lange erfreut. Mit Recht weisen die Staatsangestellten darauf hin, daß ihre Einkünfte noch nicht deflationiert sind, das heißt, daß ihr Realeinkommen nicht den seit dem Kriege geänderten Verhältnissen angepaßt ist. Die Kürzung der Weihnachtsgeld ist auch deswegen so empfindlich, weil die Staatsangestellten nicht damit gerechnet haben und weil man knapp vor der Auszahlung dieser Ausbisse gestanden ist. Sicherlich wird auch die Kaufkraft weiter Schichten der Staatsangestellten durch die Kürzung der Ausbisse geschwächt und so das Weihnachtsgeschäft eingeschränkt werden.

Indessen darf niemand und am allerwenigsten dürfen es die Staatsangestellten vergessen, daß die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Staats-

haushalte für die nächsten Monate wohl das entscheidende wirtschaftliche Problem der Tschechoslowakei ist. Welche Folgen es hätte, wenn wir in eine Krise der Staatsfinanzen hineinkämen, kann jeder ermessen, der die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland verfolgt. Vom Gleichgewicht im Staatshaushalt hängt die Existenz der Staatsangestellten ab und wenn dieses Gleichgewicht nicht erhalten werden könnte, dann würde die Existenz von Tausenden von Staatsangestellten bedroht sein. Dann würde es sich nicht mehr um die Höhe der Weihnachtsgeld handeln, sondern um das Sein oder Nichtsein der Staatsangestellten handeln. Von dem gesunden Stande unserer Staatsfinanzen hängt der Wert unserer Währung ab und was da für Staatsangestellte, sowie für alle Angestellten und Arbeiter auf dem Spiele steht, brauchen wir nicht näher auszuführen. Es gibt eine Reihe von Ländern, die zur Verabsetzung der Gehälter der öffentlichen Angestellten schreiten mußten und wir verweisen nur auf das Beispiel, das die Gemeinde Wien gab, wo diese Verabsetzung im Einvernehmen mit den Organisationen der Angestellten beschlossen worden ist. Allerdings muß man da sagen, daß unsere Finanzverwaltung nicht so vorgegangen ist wie die Finanzverwaltung der Gemeinde Wien. Der Finanzminister hätte erst mit den Organisationen der öffentlichen Angestellten verhandelt und dann seine Anträge vorlegen sollen. Gegenseitig bestehen die sozialdemokratischen Parteien darauf, daß mit den Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten verhandelt wird, diese Verhandlungen sind in die Wege geleitet und werden heute beginnen. Man kann da nur den Wunsch aussprechen, daß es zu einer Einigung kommen möge und daß der Finanzminister manche Härten der Vorlagen noch abmildert, bevor die Gesetzentwürfe ins Parlament kommen.

Alle die Notgehe, von denen jetzt die Rede ist, werden nur für eine bestimmte Zeit und zwar zwei Jahre Wirksamkeit haben. Das Opfer, das also die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu bringen haben, ist kein dauerndes. Dem Abgeordnetenhaus und dem Senat erwidert die Pflicht, nach Ablauf dieser zwei Jahre den Staatsbeamten ihre Zulagen wieder in der früheren Höhe zu gewähren und die sozialdemokratischen Parteien werden dafür sorgen, daß dies auch geschieht, ebenso wie sie sich dafür einsetzen werden, daß trotz der katastrophalen Wirtschaftskrise und trotz der notwendigen staatsfinanziellen Sparmaßnahmen die Existenz der Staatsangestellten gesichert wird.

Genossen! Ihr müßt un-
ausgesetzt für
die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.
Seht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehet die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen, agitiert!

Wird die Not der Ärzte durch die Krankenversicherung verschuldet?

Das „Prager Tagblatt“ bringt in seiner Ausgabe vom 17. d. M. einen Beitrag von einem Herrn Stefan Hartstein aus Pörschitz unter dem Titel „Kassenärzte-Kot“, dem die Redaktion den Ehrenplatz eines Leitartikels zuerkannt hat. Man wundert sich zunächst, daß das Pr. T., das sonst dem ärztlichen Stande nicht die größten Sympathien entgegenbringt — vielleicht auch deshalb, weil die Ärzte nicht gehörig organisiert und nicht zahlreich genug sind, um als Stimmvieh mitzusprechen zu können, wie Herr Hartstein im ersten Absätze seiner Ausführungen bemerkt? — und ihn erst jüngst gelegentlich des Lübecker Prozesses recht grüßlich beleidigt hat, der Ärztenot eine so hohe Ehre widerfahren läßt; bei Durchsicht des Aufsatzes aber ergibt sich rasch die Aufklärung: wie jetzt so überaus häufig, wird die Not der Ärzte nur

als Deckmantel benützt, um gegen die Krankenversicherung und ihre Träger loszugehen;

und nun versteht man: in dem lauten Chor derjenigen, die die durch die Wirtschaftskrise verursachte Notlage der Krankenversicherungsanstalten zu einem Sturmangriff gegen die Kassen und gegen ihre Leistungen mißbrauchen, ertönt die Stimme des „Prager Tagblatt“ recht vernünftig. Um den Krankenlassen eins zu verhängen, ist dem Tagblatt der kostbare Platz des Leitartikels nicht zu schade!

Not der Kassenärzte? Falsch, ganz falsch: es gibt keine Kassenärzte-Kot, wohl aber eine Ärztenot.

die im grausamen Anwachsen begriffen ist und da und dort heute schon erschütternde Formen angenommen hat. Warum? gibt es schon zu viele Ärzte? Ja und Nein! Es gibt noch immer viel zu wenig Ärzte, um die gesamte Bevölkerung in Stadt und Land, auf dem flachen Lande und im unwegsamen Gebirge mit ausreichender, jederzeit leicht erreichbarer Hilfe zu versorgen, zu wenig, um den Dienst für Erhaltung der Volksgesundheit, um hygienische und vorbeugende Tätigkeit den Forderungen moderner Wissenschaft entsprechend zu versehen. Wohl aber ist die Zahl der Ärzte viel zu groß für die verarmte Gesellschaft von heute, die nicht imstande ist, die Mittel für die genügende Zahl von Krankenhäusern, Augenheilanstalten, Krüppelheimen aufzubringen, die den Epileptiker, den Brustkranke seinem traurigen Schicksal überläßt; viel zu viele Ärzte für einen um sein Dasein ringenden Mittelstand, für hunderttausende von Kleinbauern, für die ein ärztlicher Besuch, eine Apothekerrechnung schon eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet, für hunderttausende von Arbeitslosen, die ihre Kinder ohne ärztliche Hilfe sterben lassen müssen.

Das „Tagblatt“ weint Krokodilstränen wegen der Ärztenot, an der die Kassen die Schuld tragen. Weiß das Tagblatt nichts von der ebenso großen Not der Ingenieure, Techniker, Juristen, Junglehrer, Lehramtskandidaten, ja aller akademischen Berufe? Daß es denen allen schlecht geht, erklärt man sehr richtig aus der Krise, dem wirtschaftlichen Niedergange; bei den Ärzten sind aber die trübseligen Krankenkassen daran schuld, weil man damit der Arbeiterschaft

und den verhassten Marzisten eins am Seufzen kann.

Herr Hartstein hat große Angst davor, daß die ärztliche Leistung zur „Amthandlung“ herabsinkt. Warum, Herr Hartstein? Ist eine Amthandlung etwas Minderwertiges? Das ist nicht einzusehen; man kann doch die Wertigkeit einer Tätigkeit nicht nach der Art beurteilen, wie sie entlohnt wird, denn dann wäre die Operation, die der in festem Gehalt stehende Primararzt des Krankenhauses ausführt, auch eine minderwertige „Amthandlung“.

Herr Hartstein regt sich sehr darüber auf, daß die gut bezahlten Generaldirektoren die Krankenversicherungsanstalten für sich und ihre Familie ausnützen; nun, es sei zugegeben, daß das zuweilen vorkommt, und es mag in der Slowakei noch etwas ärger sein; aber da die Zahl dieser gutgestellten Kassennutznützer ja doch nur sehr klein ist, spielt das keine ausschlaggebende Rolle. Und man kann dem sehr gut vorbeugen, wenn man die gnädige Frau Generaldirektor nicht anders behandelt wie die Frau des Tagelöhners, ihr keine Vorrechte einräumt, dann wird sie wahrscheinlich bald darauf verzichten, die Sprechstunde des Kassenarztes aufzusuchen.

Gewiß, die Kassen zahlen die Ärzte schlecht; leider!

Sowohl die Träger der Krankenversicherung als auch die Mitglieder selbst würden es gerne sehen, wenn die Ärzte besser bezahlt werden könnten.

Man weiß, daß dann auch die Behandlung eine bessere wäre. Aber leider verbietet die durch die Krise verursachte traurige Lage der Krankenversicherung vorerst die gewiß dringend notwendige Reform des ärztlichen Dienstes. Sie wird kommen, gewiß, aber es ist fraglich, ob sie imstande sein wird, all den vielen in die Praxis drängenden Ärzten Brot zu gewähren, denn auch hier wird die dringende notwendig gewordene Rationalisierung eher zu einer Verringerung der Zahl der zu beschäftigenden Ärzte führen.

Die tschechoslowakischen Krankenversicherungsanstalten geben übrigens jährlich rund 150 Millionen an Ärztekosten aus; und das sind nur die der Zentralsozialversicherungsanstalt unterstehenden Arbeiterklassen, da sind Privatbeamtenkrankenkassen, Vorkasse, Heilfonds, Eisenbahnkrankenkassen nicht inbegriffen. Wer glaubt und kann glauben, daß die rund 25 Millionen Versicherten, von denen ein gewaltiger Teil Kurzarbeiter, aus der Arbeit Entlassene, Menschen mit Wochenverdiensten von 50, 70, ja 50 Kronen sind, auch nur die Hälfte dieses Betrages für ärztliche Hilfe aufzubringen vermöchten? Tausende von Kranken, besonders Frauen und Kinder, würden ohne Hilfe bleiben, wie das vor Einführung der Krankenversicherung der Fall war.

Daß heute doch so viele Ärzte ihr Auskommen finden können, haben sie nur der Krankenversicherung zu verdanken!

Niemand leugnet, daß die Krankenversicherung verbesserungsbedürftig ist; aber die Reform darf nicht in einem Abbau der Leistungen, nicht in einem Angriffe auf die für die Volk-

Dr. Tolpe's Rache.
Roman von A. Aitschul.

Weshalb war Franzl allein? Wird er es im Leben auch bleiben? Wird er auch einst einsam seinen Weg gehen, gemieden von allen, selbst unglücklich?

Dieser Gedanke peinigte sie. Nein, Franzl sollte glücklich werden, reiflos glücklich. Auch wenn es sie selbst bittere Stunden kosten sollte, wenn er ihrem Einfluß entwachsen, ihr entfremden sollte. Sich selbst stellte sie ganz in den Hintergrund, Franzl nur sollte glücklich werden. Ueber ihr eigenes Unglück hinweg.

Einen Unterschied zwischen ihm und seinen Kameraden hatte sie doch bemerkt. Franzl hatte einen guten, soliden, vom alten Dorfschneider genähten Anzug. Die anderen waren städtisch gefelleidet. War es dieser Grund? Sie wollte nichts unversucht lassen.

Sie gingen zusammen essen. Franzl saß neben der Mutter und hatte ein unaussprechliches Gefühl des Geborgenseins. Er sprach kein Wort, hörte nur, was die Mutter erzählte.

Tagelang schon hatte er sich auf ein solches Beisammensein mit ihr gefreut, jetzt konnte er seine Freude nicht reiflos genießen. Ein dumpfes Gefühl, eine Angst, die ihm fast die Seele zuschnürte, stieg in ihm auf. Noch einen Tag blieb die Mutter hier, dann mußte sie wieder heim. Franzl erschraf bei diesem Gedanken. Wieder allein bleiben, einsam, ohne Freund. Fast hätte Franzl geweint.

Am Nachmittag ging die Mutter mit ihm in ein großes Geschäft. Franzl probierte dort viele Anzüge und besonders einer davon gefiel ihm. Er konnte es gar nicht fassen, daß dieser Anzug jetzt ihm gehöre, als er ihn schon schön verpackt nach Hause trug. Diesen Anzug hatte ihm die Mutter gekauft, warum nur? Als er

von zu Hause forschte, hatte sie ihm doch gesagt, daß er seine Sachen schonen solle, weil er jetzt lange nichts bekommen könne. Und heute hatte sie ihm selbst diesen schönen Anzug gekauft. Ohne daß er sie darum gebeten hätte. Nicht ein Wort hat er gesagt. Und sie hat ihm den Anzug gekauft. Die Freude ließ ihn für wenige Stunden den bevorstehenden Abschied vergessen.

Franzl war wieder allein. Er hatte die Mutter auf den Bahnhof begleitet. Sie hatte ihm zugerufen, doch vernünftig zu sein, zu Weihnachten käme er ja nach Hause, er solle nur schreiben, wenn er etwas brauche, was immer es sei. Dann hätte sie ihm noch Geld gegeben, damit er seine Monatskarte behalten könne.

Jetzt sollte Franzl vernünftig sein. Wie schwer war das. Das Herz schlug ihm bis zum Hals, die Tränen stunden ihm in den Augen und er sollte vernünftig sein.

Da stieg er in die Straßenbahn ein und fuhr bis zum Abend in der Stadt herum.

Erna war wieder daheim. Schön war es in Italien gewesen, wunderschön. Und hier? Grauer Nebel, schmutziger Kot. Alles schien ihr nur ein böser Traum zu sein, der sich aber bald als traurige Wirklichkeit entpuppte.

Jenny hatte kaum das Reisekleid abgelegt, als sie schon zum Telefon eilte.

Das Hotel meldete sich. Der Portier rief Kurt Becker zum Apparat. Er kam. Jenny sprach mit ihm. Am Nachmittag wird er sie besuchen.

Jenny war an diesem Tage nervöser als je zuvor. Der Aufenthalt in Abzoria war für sie nichts weniger als eine Erholung gewesen. Tag und Nacht hatte sie ein und derselbe Gedanke verfolgt, nein, nicht einer, unzählige waren es, die sie — Furien gleich — seine Klöße finden ließen, sie wie ein gehegtes Wild vor sich herjagten und mit teuflischer Frage zu ermarken schienen, bis sie ermattet zusammenstürzen werde.

Jenny war am Ende ihre Kraft, jetzt mußte eine Entscheidung kommen, wie auch immer sie wäre. Nur diese Ungewißheit loswerden, diese peinigende Angst vor dem Unbestimmten.

Es kloppte. Das Mädchen öffnete. Ein kurzes Klopfen — Kurt stand im Zimmer.

Jenny sprang auf, eilte auf ihn zu, streckte ihm beide Hände entgegen. Ohne ein Wort zu sagen.

Auch Kurt fand keine Worte der Begrüßung. Stumm hielt er ihr seine Hände hin, sie legte die ihren hinein und ihr ganzer Leib bebte bei dieser Verührung.

„Kurt“, stammelte sie, „Kurt, ich...“

Die Tür wurde geöffnet und Erna kam ins Zimmer. Erschrocken blickte sie den fremden Mann an, der ihre Mutter hielt, als wollte er sie festhalten und überhaupt nicht mehr loslassen. Wollte er ihr vielleicht etwas antun?

Jenny hatte die Tür geben gehört und schaute sich erschrocken um.

Erna kam furchtsam näher, immer den Blick auf Kurt gerichtet, als wollte sie jede seiner Bewegungen verfolgen, um eine drohende Gefahr rechtzeitig wahrnehmen zu können.

„Kennst du denn nicht mehr deinen Onkel Kurt?“ begrüßte Kurt die Kleine und bemerkte, wie das Kind bei den Worten „Onkel Kurt“ zu-träulicher wurde und der ängstliche Ausdruck aus seinen Augen verschwand.

„Du bist der Onkel Kurt, von dem mir die Mutter so viel erzählt hat?“

„Ja, Kleine, dieser Onkel Kurt bin ich, erinnerst du dich denn gar nicht mehr an ihn,“ und er schaute dabei Jenny an, deren Wangen sich mit einem leichten Rot bedeckten.

Gegen 8 Uhr abends rief Jenny Kurt im Hotel an, leise lachend, als täte sie etwas Verbotenes. Erna schlief schon, sie sei allein und wolle den schon sichtbaren Spuren von Lebensüberdruß entweichen. Ob Kurt mit ihr nicht ein wenig ausgehen wolle. Er antwortete, daß er

den Lebensüberdruß nicht so ohne weiteres aus der Brust herauszuholen vermöchte, ob dieser sich auch auf ihre Garderobe erstrecken und sie heute im Trauerkleid mit ihm einen illustren Dummel machen wolle.

„Im Gegenteil, im Gegenteil,“ lachte sie, das schönste Kleid wäre ihr gerade recht für diesen Akt der Befreiung.

„Du sprichst wie eine Frau, die darauf wartet, erlöst zu werden.“

„Werde ich auch,“ klang es zurück.

„Und was bekomme ich dafür?“

„Lust da es nicht aus Idealismus?“

„Nein, den überlasse ich anderen.“

Sie lachte und fragte mit gespielter Seufzer: „Was verlangst du?“

„Ich verlange... ja, was verlangt man von einer so schönen Frau, wie du bist. Seien wir bescheiden: einen Kuß.“

„Ich sehe, ich komme billig fort.“

„Aber die Länge des Kußes bestimmt der Empfänger.“

„Nein, Kurt...“

„Ja, Jenny“, antwortete er belustigt.

„Ich breche das Geyträsch ab.“

„Und ich befreie dich heute abend.“

„Gut“, sagte sie. „Auf Wiedersehen.“

Kurt wartete bereits im Salon. Endlich kam Jenny. Sie war schon im Abendmantel. Das Tagl hielt vor der Tür. Es sei — Jenny sah ihm in die Augen — hohe Zeit und der Weg noch weit.

In der Tür blieb sie stehen und sah Kurt an: „Hübsch siehst du im Frack aus“, warf sie hin.

„Und du?“, fragte er lachend.

„Das wirst du ja heute noch sehen“, antwortete sie schon in der Diele.

Sie nickte dem Mädchen zu, das ihr die Tür öffnete, und stieg in den Wagen.

(Fortsetzung folgt.)

gesundheit unentbehrliche Weiterentwicklung be-
stehen, sondern in einer den Forderungen der
Wissenschaft und sozialen Gerechtigkeit entspre-
chenden Rationalisierung. Wenn die Ärzte an
diesem Werke mitarbeiten, dann wird auch für
ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse am besten ge-
sorgt sein. Gewiß, es ist erschütternd, wenn für
eine im Land lebende Arztwinde gesammelt
werden muß, freilich nicht trauriger, als wenn
für tausende hungernder Arbeiterfrauen und
Kinder ein Stück Brot nur durch milde Spen-
den aufgebracht werden muß. Aber solche dar-
bende Arztwinde gab es auch schon vor Jahr-
zehnten, als noch gar keine Krankenkassen be-
standen; und es wird sie immer geben, so lange
die kapitalistische Gesellschaft das Recht des
Menschen auf die Lebensnotwendigkeiten nicht
anerkennt; erst der Sozialismus wird sich
empörendes Unrecht beseitigen. A. S.

Der neueste kommunistische Schläger.

Die Bezirksbehörde in Tepitz hat den
Gemeinden einen Minderlaß zugewendet, der den
Gemeindevorstehern aufträgt, eine ganze Reihe
von Kategorien aus der Ernährungsaktion des
Ministeriums für soziale Fürsorge auszuscheiden.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich
die kommunistische, aber auch ein Teil der sonst
über die „Beschwendungsgeißel“ des Genossen
Dr. Czoch entrüsteten bürgerlichen Presse auf
diesen Erlaß gestürzt, um daraus abzuleiten, daß
Genosse Dr. Czoch die Ernährungsaktion ab-
bauen will.

Demgegenüber stellen wir einfach fest, daß
weder Genosse Czoch, noch auch das Fürsorge-
ministerium mit der ganzen Sache überhaupt
etwas zu tun haben. Das Fürsorgeministerium
hat von dem Erlaß erst aus den Zeitungs-
nachrichten Kenntnis erhalten. Es hat diesen
Erlaß weder veranlaßt, noch auch bei seiner
Verfassung oder Herausgabe auch nur im en-
ferntesten mitgewirkt. Es hat nie Weisungen
jener Art, wie sie in dem Erlaß der Tepitzer
Bezirksbehörde enthalten sind, erlassen und trägt
weder für den Inhalt, noch für die Form, weder
für den gesamten Erlaß, noch für seine Einzel-
heiten auch nur die leiseste Verantwortung. Es
genügt, einfach festzustellen, daß die Bezirks-
behörde nicht dem Fürsorgeministerium, sondern
dem Ministerium des Innern unterstellt sind.
Mit einem Worte: Nur politische Kackeier und
Brunnenbergsteiger verfügen über den traurigen
Rat und die freche Stirn, dem Genossen Dr.
Czoch derartiges anzudichten.

Mit welcher Tüde die Kommunisten ihren
Waffenbetrieb betreiben und wie sehr sie dabei
auf die Dummheit ihrer Leserschaft und ihres
Befehles spekulieren, geht schon aus der Be-
hauptung des „Vorwärts“ hervor, daß sich das
Rundschreiben des Bezirkshauptmannes

direkt auf die Richtlinien des Ministeriums für
soziale Fürsorge bezieht. Es ist also in diesem
Falle unendlich, daß von Seite der sozialdemo-
kratischen Führer wiederum erklärt wird, daß das
Ministerium für soziale Fürsorge bzw. Herr Dr.
Czoch von diesen Dingen nichts weiß oder für sie
nicht verantwortlich ist. Diesmal ist im Rund-
schreiben des Bezirkshauptmannes die Quelle
direkt angegeben, da kann es keine Ausflüchte
geben.

Nun besehen wir uns einmal die „Quelle“
näher, auf die sich die Kommunisten berufen.
Im Erlaß, den der „Vorwärts“ unvorsichtiger-
weise im Wortlaut abdruckt, steht nämlich etwas
ganz anderes. Es heißt dort:

„Bei der Kontrollierung der Meldungen über
die Arbeitslosen wurde festgestellt, daß bei der
Verteilung der Lebensmittelkarten für die sozia-
le Ernährungsaktion nicht immer nach den
Richtlinien des Ministeriums für soziale Fürsorge
(Instruktion Zahl 8528/111—E—1930) vorgegangen
wird.“

Die Jahreszahl 1930 widerlegt die kommu-
nistischen Behauptungen schlagend. Es handelt
sich ganz einfach um Richtlinien, nach denen die
Ernährungsaktion seit September d. vori-
gen Jahres durchgeführt wird und nach
denen sie weiter durchgeführt werden wird.
Dieser Erlaß vom Jahre 1930 ist also keines-
wegs die „Quelle“ für die Aktion des Bezirks-
hauptmannes von Tepitz. Schon vom Ro-
bember 1931. Viel mehr gibt gerade das
Gegenteil dessen, was der „Vorwärts“ konstru-
ieren will, aus dem Erlaß hervor. Gerade die
Tatsache, daß der Bezirkshauptmann nichts
anderes jülicher kann, als jenen alten längst
bekannten und wiederholt abgedruckten Erlaß,
beweist für jeden anständigen Menschen, in
denen natürlich die kommunistischen Pfeiler
langst schon nicht mehr zählen, daß das Mini-
sterium für soziale Fürsorge in diesem Falle
überhaupt keine Weisung und insbesondere nicht
die ihm untergeschobene herausgegeben hat.

Im Uebrigen fällt es uns natürlich nicht
im Traum ein, den unerhörten Hebergriff des
Tepitzer Bezirkshauptmannes irgendwie decken
oder gar verteidigen zu wollen. Was zur Brand-
marfung dieses Vorgehens geistigen kann, das
wird vorgelesen und dem Herrn Deklara sicher
nicht geschenkt werden. Das aber vermag den
neuesten Streich der Kommunisten nicht zu be-
schönigen, die wieder einmal tüchtig daneben
geschossen haben. Wenn die Kommunisten sich
beiraten, daß wir ihre immer aufs Neue auf-
tauchenden Phantasien von einer bevorstehenden
Drohung oder Einstellung der Ernährungs-
aktion durch den Genossen Czoch als „Wahl-
schurkerei“ bezeichnet haben, so müssen wir schon
herabsehend sagen, daß diesmal nicht nur eine
Schurkerei, sondern eine groß angelegte Be-
trügererei vorliegt, deren eben nur die Kommu-
nisten fähig sind.

Das ist der „nationale Sozialismus.“

**Die Nazis mobilisieren den Unternehmerterror gegen die Arbeiter.
Im Dritten Reich ist nur Platz für Gefinnungslumpen und Aechtseelen.**

„Der deutschen Arbeit wollen wir
Den Weg zur Freiheit bahnen.“

So steht es in dem nationalsozialistischen
„Arbeiterlied“ und wie die Freiheit aussieht, die
die deutschen Arbeiter im Dritten Reich zu er-
warten haben, wird in diesen Tagen in der
oldenburgischen Stadt Cutina zur Schau gestellt.
Wir haben bereits kurz gemeldet, daß die dortigen
Nazis ein probates Mittel zur „Vernichtung“
des Marxismus entdeckt haben: Sie appellieren an
die „national“ gefinnenen Unternehmer, daß
sie die sozialdemokratischen Arbeiter in der Zeit
der ärgsten Arbeitslosigkeit auf Pfahle legen.

Hunger und Unternehmerterror sollen die
Klassenbewußten Arbeiter zermürden und
reif machen für die kapitalistische Sklaven-
plantage, genannt drittes Reich.

Zur ewigen Schande des Sokalenkreuzes muß
der ganze Hergang des Lumpenreiches
von Cutina auch der Arbeiteröffentlichkeit dieses
Landes unterbreitet werden. In dem Städtchen
hat der Naziterror unlängst zur blutigen Zu-
sammenstoß geführt. Die dortigen Hitlerkubens
sind darüber empört, daß sich die sozialdemo-
kratische Arbeiterschaft auch durch Gewalt-
methoden nicht einschüchtern läßt. Sie beriefen
eine Versammlung ein, wo der Cutiner Haken-
kreuzführer Böhmker zuerst ein Verbot des
Reichsbanners forderte. Daran knüpfte er den
Appell an die bürgerlichen Schmarwacher der
Stadt, die Arbeiter mit der Hungerpeitsche
in das Lager des Hitlersozialismus zu treiben.

„Aber es gibt noch ein zweites Mittel“ —
so fuhr Böhmker fort — „am diesem Terror von
links zu steuern, und hier richte ich einige
Worte an die nationalen Arbeit-
geber. Ich erkläre es hier als eine Unmöglich-
keit, daß nationale Arbeitgeber und Mitglieder
des Reichsbanners noch weiter Marxisten in
ihren Diensten beschäftigen, während
hundert SA-Männer erwerbslos sind. Die
Marxisten müßten sofort entlassen
werden oder aber eine schriftliche Erklärung
abgeben, daß sie nicht mehr dem Reichsbanner
und der SA angehören. Erfüllen die Arbeit-
geber unsere Forderungen nicht, so begeben sie
erneut schweren Verrat an der nationalen Be-
freiung. Wir fordern von der Stadtverwal-
tung Achtung und Ausschluß aller
Reichsbanner- und SA-Mitglieder
aus der städtischen Lebensgemein-
schaft. Mitglieder dieser Nordorganisation
dafür von wirklichen Deutschen nicht mehr ge-
grüßt werden. Sogleich die Stadt keine Maß-
nahmen, um diese Forderungen zu erfüllen, so

wenden wir geeignete Maßnahmen er-
greifen, um zu unserem Ziele zu gelangen. Herr
Bürgermeister, in mein Haus kommt kein
weiter Gasabnehmer mehr! Ich schmeiße ihn
raus, denn ich weiß nicht, ob er nicht auch einen
Revolver bei sich trägt und sich bei anderer Tai-
erklärt, Herr Böhmker hat mich angegriffen und
ich befand mich in Notwehr.“

Der „Sozialist“ Böhmker hat die bürgerliche
Schützengilde nicht umsonst angerufen. Schon am
nächsten Tage wurde der „rote Gasabnehmer“ und
Reichsbannermann Siebenzter von der
Gemeinde freilos entlassen und mit den Ent-
lassungen von sozialdemokratischen Arbeitern
auch in Privatbetrieben begonnen. Aus diesen
Vorgängen kann sich die Arbeiterschaft ein Bild
von den Segnungen des dritten Reiches machen.
So sieht die „deutsche Freiheit“ aus, die die
Nazis der deutschen Arbeit bringen wollen.

Die Hakenkreuzler bieten schon heute den
Unternehmern dazu die Hand, ja, sie sind die
direkten Auftraggeber, die aufrechten Klassen-
bewußten Arbeiter aus den Betrieben heraus-
zuwerfen und an ihre Stelle Aechtseelen,
Schmarwacher, Speichellecker zu bringen. Nur jene
Arbeiter und Angestellten, die für einen Schand-
lohn nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch
ihre Menschenwürde, Charakter und Gesinnung
verkaufen, werden im Hitlerparadies ein Recht
zum Leben haben. Diese Aussicht wird aber nur
dazu beitragen, in der sozialdemokratischen
Arbeiterschaft den Abwehrwillen gegen die braune
Pest zu stärken.

Aus unserer Perspektive gesehen, sind die
Cutiner Vorgänge eine treffliche Illustration zu
den aufgeregten Tiraden des Herrn Krebs über
die „Verfolgung“ seiner Partei durch die tschecho-
slowakischen Behörden. Wir halten noch wie vor
jedes Versammlungsverbot für eine Dummheit
und für eine unfreiwillige Aktion, aber wir
fragen:

**Wie würde die Freiheit des deutschen
Arbeiters in einem von Krebs und Jung
beherrschten Sudetendeutschland aussehen?**

Welche Versammlungs- und Redefreiheit die
Hakenkreuzler ihren Segnern lassen, beweist am
besten die Praxis der Herren Fria und
Klagge als Innenminister. Staatsterror und
Unternehmerterror möchten diese „Freiheits-
helden“ überall gegen die aufrechten Arbeits-
menschen mobilisieren.

Wo immer sich hierzulande die Haken-
kreuzler erheben, ihre „deutsche Freiheit“ den
Arbeitern anzupreisen, soll ihnen die Cutiner
Schandtat um die Ohren geschlagen werden, daß
sie alle Engel des dritten Reiches fingen hören.

**Inkompatibilitätsauschuh wird
einberufen.**

Paris, 23. November. Heute nachmittags
besetzte sich das Kammerpräsidium neuerdings
mit der vom Abg. Hodaß aufgeworfenen Frage
der Vereinbarkeit des Abgeordnetenmandates mit
der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat einer
Versicherungsgesellschaft. Das Präsidium sah
nach mehrstündiger Beratung den Beschluß, daß
der Inkompatibilitätsauschuh grundsätzlich für
alle Abgeordneten, die Verwaltungsratsstellen bei
Versicherungen oder Banken bekleiden, die
Frage der Vereinbarkeit mit dem Abgeordneten-
mandat überprüfen solle. Die Detailfragen, die
der Ausschuh beantworten soll, werden in einer
neuen Präsidialentscheidung erst noch genau formuliert
werden.

Rückbildung zum Agrarstaat?

**Wiskovsky über die wirtschaftliche Um-
gruppierung.**

Verteidigungsminister Wiskovsky hielt
Sonntag bei Labor vor seinen Wählern eine
Rede über die gegenwärtige politische und wirt-
schaftliche Lage, in der er u. a. erklärte, daß
nicht das Ausland, sondern die Wiederherstellung
des Gleichgewichtes zwischen der heimischen
Produktion und dem heimischen Markt die
Frage der Arbeitsbeschaffung einer Lösung zu-
führen werde. Wir werden, erklärt er, vor allem
wirtschaftlich vorgehen, und ein strenges
Regime auferlegen und den ganzen
staatlichen Apparat zur Arbeit organisieren müs-
sen, um nicht Schlimmeres zu gewärtigen. Wirt-
schaftlich zeige sich tatsächlich eine Entwic-
lung nach rechts; so bezeichne er die wirt-
schaftliche Umgruppierung von der
Industrie zum Ackerboden. Wir hätten
in dieser Richtung in der letzten Zeit in aller
Stille eine große Wendung, ja direkt einen Um-
sturz durchgeführt, dessen sich viele in seiner
vollen Tragweite bisher noch nicht bewußt seien.
Das Aktivsaldo unseres industriellen Exportes
vermindere sich in der letzten Zeit sehr fühlbar,
dafür vermindere sich aber auch das Passivsaldo
unserer Landwirtschaft. Eines sei sicher, daß wir
nach der Krise viele Industrien über-
haupt nicht mehr vorfinden oder sie
teilweise liquidieren werden, und daß sich in
unserem Staate zur Erhaltung seines wirtschaft-
lichen Gleichgewichtes die intensivierte Landwirt-
schaft und die landwirtschaftliche Industrie wer-
den ergänzen müssen. Hierin werde unsere In-
dustrie einen Ersatz für die verlorenen Aus-
landsmärkte finden.

**Eisenbahner-Protessversammlung
in Prag**

**wegen kommunistischer Störungsversuche
polizeilich angefaßt.**

Der Zentralauschuh der Eisenbahner-
Vertrauensmänner, in welchem alle
Organisationen vertreten sind, hatte für gestern
abends in der Prager Produktendörse eine
Protesskundgebung gegen die Kürzung
des 13. Monatsgehaltes einberufen. Es
sollte dort Bericht erstattet werden über die Ver-
handlungen mit dem Eisenbahnminister.

In die massenhaft besuchte Versammlung
kam auch eine Gruppe von ungefähr 50
Kommunisten — alles andere als Eisenbahner
— welche sich von Anfang an bemühte, die Ver-
sammlung zu sprengen. Damit hatten sie
poor bei den Eisenbahnern kein Glück, es gelang
ihnen jedoch, nachdem sich der Vorsitzende ver-
geblich bemüht hatte, sie zur Ruhe zu bringen,
ohne die Ordner einschreiten zu lassen, durch
händiges Lärmen den Polizeikommissar zu
veranlassen, die Versammlung aufzulösen, bevor
der zweite Referent seine Rede beginnen konnte.

Da die kommunistischen Bemühungen, einen
Teil der Versammlung mitzureißen, ohne den
geringsten Eindruck blieben, ist der einzige Er-
folg, den sie buchen können, der eine Kund-
gebung der Gewerkschaften ver-
eitelte zu haben.

**Gegen die Kürzung der Weihnachts-
zulage.**

**Stellungnahme des Verbandes der öffentlichen
Angestellten.**

Der Verband der öffentlichen Angestellten,
Sitz Reichenberg, hat in seiner Sitzung am 20.
November d. J. mit großer Entrüstung dagegen
Stellung genommen, daß die Regierung beab-
sichtigt, das Gesetz über den Weihnachtsbeitrag
der Staatsangestellten abzuändern und damit
den Großteil der Staats- und öffentlichen Ange-
stellten um die Weihnachtzulage zu bringen. Es
wurde mit großem Bedauern festgehalten, daß
wenige Tage vor dem Zeitpunkt, zu welchem
nach dem Gesetz der Weihnachtsbeitrag ausge-
zahlt werden soll, die Staats- und öffentlichen
Angestellten um jene Weihnachtsgeldhilfe gebracht
werden sollen, auf die sie das ganze Jahr über
gewartet haben und mit der jeder Staats- und
öffentlichen Angestellte gerechnet hat. Im Erdre-
tempo sollen die Staats- und öffentlichen Ange-
stellten um eine der jüngsten Erwerbseinkünfte
gebracht werden. Alle beschäftigten Einkünfte
und Anschaffungen müßten beiseite gelassen wer-
den, so daß auch die Kaufmannschaft durch ge-

Ein Achtzigjähriger.

In der kleinen Industriegemeinde Kriz-
owiz a. E. lebt, in der weiteren Öffentlichkeit
wenig bekannt, dafür aber von den Genossen
und der ganzen Ortsbevölkerung geachtet und
geehrt, unser Genosse Franz Dörre. Er feiert
heute seinen achtzigsten Geburtstag.
Wir freuen uns, feststellen zu können, daß man



unserem Genossen Franz Dörre sein Alter
nicht anmerkt. Er kann noch ganz gut für einen
noch recht kräftigen Sechziger gehalten werden,
und er selber denkt gar nicht daran, sich alt zu
fühlen, er geht heute noch seinem Berufe nach
und nimmt bei voller geistiger Frische und mit
bewundernswürdiger Regsamkeit an dem politi-
schen und Parteileben den lebhaftesten Anteil.

Gen. Dörre ist ein echter Proleta-
rier: 1851 als Kind einer Proletarierfamilie
geboren, erlernte er, der Volksschule entwachsen,
in den Jahren 1864 bis 1868 in Teitschen das
Zimmermannsbandwerk. Vom Jahre 1877 bis
1908, also durch volle 31 Jahre, war er in der
Majolikafabrik der Firma Schiller in Ober-
grund a. E. beschäftigt. Im Jahre 1911 trat er
bei der Firma Sidor in Krizowiz in Ar-
beit, wo er heute noch in Beschäftigung steht. Er
hat somit in 51 Jahren nur bei zwei Firmen
gearbeitet und von seinem langen Leben ge-
hören 66 Jahre der Arbeit, das ist mehr als ein
Menschenalter.

So unermüdet Genosse Dörre in seiner
Berufarbeit ist, so tätig war er im Organisa-
tionsleben. Im Jahre 1896, also noch zur Zeit
des Kurienwahlrechtes, wurde er in die Ge-
meindervertretung gewählt, der er bis zum Jahre
1920 angehörte. Eine zeitlang bekleidete er auch
das Amt eines Ortschaftsinspektors.

Im Jahre 1897 errichtete er in Krizowiz
die Lokalorganisation der Partei, deren
erster Vertrauensmann er wurde, der er
mit Leib und Seele angehört und in der der
Rat und die Meinung des alten Genossen bis
zum heutigen Tage gerne gehört und beachtet
wird.

Wenn auch der Name und das Wirken un-
seres Jubilars über die Grenzen seiner engeren
Heimat hinaus wenig bekannt ist, so verkörpert
sich in ihm gleichwohl ein Stück der Parteige-
schichte des Bezirkes Teitschen-Bodenbach. Ihm
war es trotz mancherlei, auch schlimmer Erfah-
rungen, gegönnt gewesen, das Entstehen und
Werdens der sozialdemokratischen Bewegung die-
ses Bezirkes von den kleinsten Anfängen an
mit zu erleben, zu fördern und zu gestalten.

In der langen Zeit seines Lebens hat sich
das Bild der Welt gewaltig geändert. Der recht-
lose, verachtete und gehetzte Arbeiter hat sich
weitgehende politische und soziale Rechte er-
kämpft. Die sozialistische Gedankenwelt um-
spannt den ganzen Erdbreis. Was sich ihr ent-
gegenstellte, ist im Verfall begriffen und der
Sozialismus schickt sich an, die Welt zu erobern.

Unserem Jubilars war es gegönnt, diese
Entwicklung vom Anfang an mitzuerleben und
an ihr mitzütätig zu sein. Der gewaltige Aufstieg
der unsere Partei und die ganze Arbeiterklasse
zu verzeichnen hat, mag ihm der schönste Lohn
für seine Treue, seine Mitarbeit und seine Aus-
dauer sein.

Indem wir ihm zu seinen achtzigsten Ge-
burtstag unsere besten und herzlichsten Wünsche
entgegenbringen, sprechen wir die Hoffnung aus,
daß es ihm gegönnt sein möge, allen zum Vor-
bild, noch recht lange in unserer Mitte zu ver-
weilen!

ringeren Absatz geschädigt und dadurch die Krise
noch verschärft wurde. Die Staats- und öffent-
lichen Angestellten empfinden die Beseitigung
des Weihnachtbeitrages als arge Zurücksetzung,
obwohl sie schon im Voraus die Einkommen-
steuerabzüge für diese Zulage sich gefallen lassen
mussten.

Während für die Auslandpropaganda, Mi-
litarismus und Subventionen Milliarden aus-
gegeben wurden, wurden diese Milliarden im
Laufe der Jahre an den Staats- und öffent-
lichen Angestellten eripiert, weil man ihnen die
Valorisierung ihrer Gehälter gegenüber dem
Vorkriegseinkommen immer vorzuenthalten ver-
stand. In den Folgen leiden nun Volk und
Staat. Wir warnen und protestieren gegen schä-
dliche Maßnahmen, die nicht nur die öffent-
lichen Angestellten, sondern die ganze Bevölke-
rung treffen muß.

Tagesneuigkeiten

42 Todesopfer

des Grubenunglücks in Bentley.

Donaufest, 22. November. Das furchtbare Grubenunglück in Bentley hat bis jetzt 42 Todesopfer gefordert. Jede Öffnung, die fünf noch eingeschlossenen Bergarbeiter zu befreien, mußte aufgegeben werden.

Vatermord im Egerland.

Eger, 23. November. Samstag gegen 21 Uhr kam es in Heinrichsgrün bei Rottau zwischen dem 63jährigen Landwirt Vinzenz Rädig und seiner 27jährigen Tochter zu einer Auseinandersetzung, wobei der Vater seine Tochter beschimpfte und mißhandelte. Das Mädchen griff in ihrer Verzweiflung zu einer Gabel und tötete durch einen Schlag auf den Hinterkopf ihren Vater, der bald darauf starb. Das Mädchen wurde von der Gendarmerie verhaftet und dem Kreisgerichte in Eger eingeliefert.

Autounglück bei Raasditz.

Ein Toter, vier Schwerverletzte.

Am Sonntag, gegen 6 Uhr abends, fuhr ein Autobus der Firma Tolal aus Turn, Bezirk Teplich-Schönan, auf der Staatsstraße von Prag gegen Teplich. In dem Wagen befanden sich zehn bis zwölf Personen, die von einem Fußballspiel aus Prag kamen und zum größten Teil in Teplich wohnen. Hinter Raasditz im Gebiete der Katastralgemeinde Racinoves stieß der Autobus mit einem Lastwagen zusammen. Der Lenker des Lastwagens fuhr offenbar zu nahe an den Autobus heran, streifte den Autobus und rief die rechte Wagenleiste und mit ihr fünf Personen, die auf dieser Seite saßen, bedeckte der Chauffeur, Herr Tolal, ihn zum Stehen brachte. Bei dem Zusammenstoß wurden die fünf Personen, die auf der gerammten Seite saßen, auf die Straße geschleudert, wobei der in Weiskirchlich wohnende, 39 Jahre alte Heubändler Anton Reif sofort getötet und die Fahrgäste Otto Wunder aus Eichwald, Rudolf Stegmann ebenfalls aus Eichwald, der Beamte Siele aus Teplich und ein Fräulein Höfer sehr schwer verletzt wurden. Reif hat schwere Verletzungen am Kopf erlitten, die den sofortigen Tod zur Folge hatten. Die Verletzten wurden mit einem Sanitätsauto in das Raadnitzer Krankenhaus gebracht. Die übrigen Insassen des Autobus blieben unversehrt. Das Lastauto gehört der Firma Polorny aus Prag.

Ein Toter bei Karlsbad.

Karlsbad, 23. November. Der 16jährige Eugen Geiger fuhr heute auf der Straße Chodou-Eidogen-Vititz mit seinem Motorrad gegen ein Lastautomobil. Er wurde hierbei gegen das Lastauto geschleudert und erlitt eine schwere Schädelverletzung, der er wenige Augenblicke später erlag. Sein Mitfahrer blieb unverletzt. Geiger trägt an dem Unfall selbst die Schuld, weil er auf der falschen Straßenseite fuhr.

Und Motorradunglück in Schlesien.

Wahr-Ostau, 22. November. Gestern um 22 Uhr fuhr ein gewisser Richard Kolenko mit seinem Motorrad von Troppau gegen das Gutschiner Ländchen. In Ludgerstal kam das Motorrad mit dem hinteren Rad ins Schleudern und stürzte um. Die mit Kolenko mitfahrende Schwägerin, die 26jährige Marie Kolenkova, fiel mit dem Kopf auf einen Stein und wurde schwer verletzt, während Kolenko nur leichte Verletzungen erlitt. Marie Kolenkova ist heute nachmittags im Krankenhaus ihrer Kopfverletzung erlegen.

Das Jubiläum der Deutschen Technik

wurde Sonntag Vormittag durch eine Feier begangen, an welcher in Vertretung der Regierung die Minister Dr. Dörrer, Dr. Czech und Dr. Spina, ferner Vertreter der Stadt Prag, der deutschen und tschechischen Hochschulen der Tschechoslowakei, die Rektoren sämtlicher Hochschulen Deutschlands und Oesterreichs, der deutsche und österreichische Gesandte in Prag und viele andere Gäste teilnahmen. Der Festakt wurde mit der „Reichserklärung“ - Substanz und einem Festprolog eingeleitet. Hierauf hielt Minister Dr. Dörrer eine Rede an die Versammelten. Nach der Begrüßung durch den Rektor der Deutschen Technik, Professor Hlauschek folgte eine Anzahl von Begrüßungsansprachen. Am Nachmittag fand im Deutschen Hause ein Bankett statt. Der Festtag wurde durch eine „Freischau“ - Aufführung im Neuen Deutschen Theater abgeschlossen.

Nicht nur in Rußland, sondern überall.

Arbeitslose? - Kranke!

Es gibt eine Sorte von Menschen, die sich immer noch kein klares Bild von der Not der Arbeitslosen machen kann. Für sie ist der Arbeitslose eben der Kranke, der die Arbeit scheut und das Leben verbummelt - aus natürlichem Drang zur Faulheit und Untätigkeit.

In dieser Menschenorte gehören sicherlich die Herren Lederindustriellen in Deutschland; denn im Zentralanzeiger für Deutschlands Lederindustrie und Handel ist fol-

gendes über die Arbeitslosigkeit in Rußland zu lesen:

„Ueber die Ursachen des Arbeitermangels geht man aber bei solchen Berichten auch gern hinweg. Die meisten Arbeiter sind nämlich unterwegs auf der Flucht vor der Fabrikbeschäftigung, da sie stets auf der Suche nach einer bequemerem Tätigkeit sind und zahllose Tage damit verbummeln... Der große Plan, die Vergiftung jeder Initiative durch härtesten Kadavergehorsam, die wundervolle Faulheit und der Gang zum Wodka fressen sich gegenseitig auf.“

Also - das schwierige Problem der Arbeitsbeschaffung ist in den Köpfen der deutschen Lederherren sehr einfach gelöst: Die „meisten Arbeiter“ sind einfach zu faul zur Arbeit!

Sie drücken sich vor der Fabrik. Sie suchen nach einer „bequemerem Tätigkeit“. Sie glauben also vielleicht, man könnte den Schraubstock mit einem Alufessel vertauschen! Dabei „verbummeln“ sie zahllose Tage! Faulenzen wundervoll die ganze Zeit hindurch, fressen und saufen Wodka nach Herzenslust!

Kein Wunder, daß den Leuten Herr Adolf Hitler ganz aus der Seele zu reden vermag.

„Wir haben Hunger!“ Sonntag mittags versammelte sich am Freiheitsplatz in Wien eine Gruppe Arbeitsloser, die sich zu einem Zug formierten und über die Ringstraße zum Parlamentsgebäude zogen. Die Demonstranten, die kleine Kinder mitführten, oder auf den Armen trugen, riefen immer wieder: „Wir haben Hunger! Gebt uns Arbeit! Helft wenigstens unseren Kindern!“. Unter großem Aufsehen schritt die Polizei ein und es gelang ihr, die Demonstranten in Güte zu zerstreuen.

Warnung vor einem Schwindler. Unter allerlei falschen Angaben hat sich in der vergangenen Woche in Kreisen der Naturfreunde ein Mann einzuschleichen gewagt. Es ist ihm schließlich gelungen, im Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Tetschen a. G., eine Mitgliedskarte zu erlangen. Diefelbe ist auf den Namen Max Weikert aus Laube bei Tetschen a. G. ausgestellt. Der Betreffende wird jedenfalls verhaften, mittels dieser Mitgliedskarte persönliche Vorteile zu erlangen. Gegebenenfalls wird ersucht, die Legitimation mit den anderen Dokumenten zu vergleichen und den Schwindler mit der Polizei bekanntzumachen. (Um Nachdruck wird gebeten!)

Ein, der sich der Unversität schämt. Genosse Fritz Brühl schreibt der Wiener „Arbeiterzeitung“: Die letzten Hochschulskawalle sowie ein Besuch des Universitätsgebäudes haben mich bewogen, den nachstehenden Brief an den Rektor der Wiener Universität zu schreiben und ihm mein zertrümmertes Doktordiplom zu übersenden:

Eure Magnifizenz!

Als Kandidat der Philosophie habe ich bei meiner Promotion das Gelöbniß abgelegt, das den Doktoren meiner Fakultät vorschreibt, in der unermüdbaren Bemühung für die Wahrheit nicht zu erschöpfen und danach zu streben, daß ihr Licht, in dem das Heil des Menschengeschlechtes beschlossen ist, nur nie so strahlender leuchte.

Die letzten Vorgänge an der Wiener Universität haben mir, wenn ich dieses Bepreißes noch bedacht hätte, gezeigt, daß die Promotionsformel jeden Sinn verliert hat; daß sich in den Anschlagelasten, ungehindert vom Rektorat, eine Gesinnung breitmacht, die weder mit den Gesetzen der österreichischen Republik, noch mit den Doktorgebüßnissen der einzelnen Fakultäten vereinbar ist.

Rektor und Senat mögen über diesen Zwischenfall hinwegkommen; ich fühle mich durch mein Gelöbniß verpflichtet, einer Universität, die alle Befehle der Humanität zwar in ihren Promotionsformeln führt, aber in Wahrheit für nichts achtet, mein Diplom als Doktor der Philosophie zurückzugeben und zu erklaren, meinen Namen aus der Doktorliste jener Institution, die sich Alma mater Vindobonensis Rudolfsina nennt, zu streichen.

Ihnen, Herr Rektor, bleibt es überlassen, Ihre Haltung mit dem Gelöbniß, das Sie seinerzeit abgelegt haben, für vereinbar zu halten.

300 Pektoliter Kohöl in Flammen. Montag mittags brach in der Mineraloelraffinerie in M. Ostau-Oberfart ein Brand aus, der in einem mit 300 Pektoliter Kohöl gefüllten Kessel der Destillierabteilung entstanden war. Die acht an der Brandstelle eingetroffenen Feuerwehren konnten sich nur auf die Abkühlung eines eisernen Schornsteins beschränken, der durch die Flammen glühend geworden war und zusammenzustürzen drohte; dadurch wurde die Gefahr der Entzündung einer nahen Fisterpe und die weitere Ausbreitung des Feuers hintangehalten. Das Kohöl des brennenden Kessels konnte zum Teil abgepumpt werden, doch plakte der Kessel, so daß das restliche Öl unter dem Kessel in Brand geriet und die Arbeiter noch um einige Stunden hinauszog. Eine Gefahr der Ausbreitung des Brandes droht zur Zeit nicht, doch befindet sich noch eine Anzahl von Feuerwehreinheiten an Ort und Stelle. Unfall ereignete sich feiner. Die Entstehung des Brandes und die Höhe des entstandenen Schadens konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Vierzig Jahre Handelsangestelltenbewegung. Am Sonntag haben die Wiener Handelsangestellten die Feier des vierzigjährigen Bestandes ihrer freigewerkschaftlichen Organisation gefeiert. Unter den schwierigsten Umständen begannen die Wiener Gewerkschaften der neunziger Jahre die rechtlosen Handelsangestellten zu organisieren und sie zum Kampfe um ihre lebenswichtigen

Forderungen aufzurufen. In vierzig Jahren Kampf haben auch die Handelsangestellten manches erreicht: Sonntagstrube, Lodenperre, Urlaub, Kündigungsschutz, Altersversorgung - das sind die wichtigsten Errungnisse der zurückgelegten Wege. Es ist das Verdienst der Wiener Handelsangestellten, erfolgreiche gewerkschaftliche Methoden entwickelt zu haben und die Organisationen der Angestellten auch in der Tschechoslowakei bekennen sich gerne dazu, daß sie die Schüler des Wiener Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten sind.

Die deutsche Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Böhmen hält ihren nächsten ordentlichen Vertretertag am 18. und 19. Juni 1932 in Prag ab.

Entführt oder geflohen? „Petit Parisien“ meldet aus Bukarest, daß vor drei Tagen die bekannte Kabarettfängerin Rose Amy, die sich gerade auf einer Tournee in Rumänien befand, spurlos verschwunden ist. Bisher weiß man noch nicht, ob es sich um eine Entführung, ein Verbrechen oder eine einfache Flucht handelt. Verdächtig ist aber, daß zugleich mit Rose Amy auch alle ihre Juwelen, die sie bei sich hatte und die einen Wert von mindestens zwei Millionen Franken besaßen, verschwunden sind.

Die „Lufstania“ wird gesucht. Die „Chicago Tribune“ meldet, hat sich in New-York eine Gesellschaft gebildet, die an der Stelle Nachforschungen vornehmen will, wo während des Krieges der amerikanische Riesendampfer „Lufstania“ von der deutschen Marine versenkt wurde. Bei den Vergangsarbeiten wird eine neue Tauchvorrichtung angewendet werden.

Todessturz beim Zeppelin. In New Bern (Nordkarolina) ereignete sich bei der Eröffnungsfeier des neuen Flugplatzes ein Unglück. Einer der Piloten, die an dem Festbesitz teilnahmen, der Leutnant des Fliegerkorps der Vereinigten Staaten, Kott, stürzte aus einer Höhe von 200 Fuß ab, wobei das Flugzeug vollständig zertrümmert und der Flieger getötet wurde.

Leute ohne Sorgen. Sonntag abend wurde eine Rabel-Schoppartie in Paris zwischen dem Britischen Schachklub in New-York ausgetragen. Die Partie endete nach 31 Zügen mit der Aufgabe des Pariser Klubs. Weltmeister Aljechin war im Pariser Klub anwesend, um nach eventuellen 60 Zügen zu entscheiden, wem der Sieg gebühre. Der Partie sah in Paris eine Menge von Zuschauern zu. Jeder Zug kostete 15 Francs.

Lindebergs Riesentwasserflugzeug. Sonntagmorgen in Baranquilla (Columbia) das vom Oberst Lindeberg geführte amerikanische Riesentwasserflugzeug „American Clipper“, das sich auf seinem ersten Flug über das Karibische Meer befindet. Von Baranquilla bis zum Capizel Cristobal übernimmt die Führung des Riesentwasserflugzeuges ein anderer Pilot.

Die blutigen Zusammenstöße in Neumünster. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft abgegeben. Insgesamt sind gegen 23 Personen Haftbefehle erlassen worden. Die übrigen Festgenommenen sind wieder entlassen worden. Entgegen anderslautenden Mitteilungen haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Reichsbannerangehörige an den Vorfällen beteiligt waren. Es steht zu erwarten, daß die Angelegenheit bereits am nächsten Montag in Neumünster zur Verhandlung kommen wird; während die Anklage gegen den kommunistischen Führer Weiffing, der unter Verdacht steht, vor dem Rieker Schwurgericht verhandelt werden dürfte.

Ritualmordhege. Vor dem Bezirksgericht in Petegne (Karpatothronland) wird zur Zeit, im dreizehnten Jahr der freien Republik, ein Prozeß verhandelt, in dem sich der Staatsanwalt mit allen Mitteln darum bemüht, den Nachweis zu bringen, daß zwei Hausierer jüdischer Konfession, Lieberman und Steinberger, an zwei Christenkindern das Verbrechen oder Vergehen der schweren Körperbeschädigung durch Blutabzapfung begangen haben. Eine eifrige Lehrerin hatte die Anzeige erstattet, nicht minder eifrige Kinder haben die Tat bezeugt, dann wurden sie vom Lehrer auf verschiedene Kleinigkeiten aufmerksam gemacht und hatten gestanden, daß man sie zur Beschuldigung verleitet hat und daß sie die Juden nicht gelannt hätten, daß sie sogenannten „Wanden“ von Kraxern betrügten. Die Gendarmerie ging darauf sofort gegen den Lehrer vor, wodurch zeugen die Angaben der Juden bestätigt sind. Und dieses letztere Spiel findet dauernd seine Fortsetzung: die Kinder besaßen in den letzten Verhandlungen immer wieder unter Tränen und Lachen, daß sie die Juden nicht kennen, sowie aber ein Zeuge diese lächerlichen Angaben bestätigte und das so wahrscheinlich Ritualverbrechen wiederlegen konnte, tritt der Staatsanwalt in Funktion und verfolgt ihn wegen vermeintlicher falscher Zeugenaussage, die Interessen der Republik auf diese Weise rechtlich verwickelnd. In einer Weltgegend, die nach der Ermordung von sieben Juden fabrizierte, wird diese Prozeß nicht wundern; warum aber das Justizministerium nicht energisch dagegen auftritt, daß diese beschämende Komödie weiter getrieben wird, bleibt ebenso unverständlich wie die Anklagen, die in letzter Zeit gegen Deutsch-österreichische Schindlinge der tschechischen Nation in italienischen Bädern erhoben wurde und wo der Staatsanwalt wegen bedingter Verurteilung und zu geringem Strafmaß berufen hat!

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Prag: 11: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 18.35: Deutsche Sendung: Scholz: Märchen vorlesung. Arbeiterleistung: E. Strnad. Prag: Der Arbeiter-Winterkonzert. 19.06: Croatische Musik. 19.20: „Der Komet“, Schauspiel von Gogol. 20.10: Konzert. - Brünn: 12.35: Orchesterkonzert. 14: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Jinnburg: Wirtschaftskämpfe der Arbeiter in Brünn. 20.10: Orchesterkonzert. - Preßburg: 15: Orchesterkonzert. 20.10: Nordböhmenkonzert. - Berlin: 18.05: „Der Vogelwandler“, Operette von Zeller. - München: 20.20: „Der Liebestrank“, Oper von Donizetti. - Wien: 19.35: Sinfoniekonzert. 21.15: Tanzmusik. - Rodgau: 19.20: Konzert.

„Vitamin D“. Nach vierjähriger Arbeit gelang dem Göttinger Professor Adolf Windaus die Herstellung des Anti-Rachitismus „Vitamin D“ in reinem kristallisierten Zustande. Das Vitamin D ist überaus wichtig zur Bekämpfung der englischen Krankheit.

Eine ungeschälte Höllemaschine. In der Budapest jugoslawischen Gesandtschaft erschien dieser Tage ein Mann, der sich Marko Simic nannte und eine Höllemaschine übergab, wobei er mitteilte, er habe sie mit vier Bomben nach der jugoslawischen Gemeinde Kos Roguzi bringen und einem gewissen Seltikovic übergeben sollen. Die Bomben seien von einem gewissen Babic, dem Mörder des Direktors der „Kobosi“, Toni Schlegl, in Oesterreich verfertigt worden. Babic lebe derzeit unter dem Namen Wagner in der Gemeinde Kos Roguzi. Die Bomben sollten angeblich zu einem Attentat verwendet werden. - Bei der durchgeführten Überprüfung haben die ungarischen Sachverständigen jedoch festgestellt, daß die Maschine keine Explosivstoff enthielt, ferner daß die darin befindliche Bedienungseinrichtung überhaupt nicht geeignet war, irgend welche Explosionsstoffe zur Explosion zu bringen. Die ungarischen Behörden haben zur Feststellung der Herkunft der Maschine eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Raji - Prazis. Intendant Otto Wilhelm Lange vom nationalsozialistischen „Deutschen Nationaltheater“ in Berlin hat den Schauspieler Leopold Biberti entlassen. Biberti, der in dem von Lange aufgeführten nationalsozialistischen Propagandastück eine Hauptrolle spielte, hatte sich über die nationalsozialistischen Propagandareden beschwert, die von den Naziabgeordneten Goebbels und Dinkler vor Beginn der Aufführung im Theater gehalten worden waren. Biberti wies darauf hin, daß den Schauspielern bei Beginn ihres Engagements gesagt worden wäre, daß das Theater zwar „national eingestellt“, aber überparteilich sei. Lange erwiderte, daß das Theater jetzt diese Überparteilichkeit aufgegeben habe und von der Nationalsozialistischen Partei abhängig sei.

Verlorene Journalisten? Ein Wiener Abendblatt behauptet, daß nach dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt im Mai dieses Jahres auf Veranlassung der Leitung der Bank an einige Zeitungserlöse und Journalisten 200.000 Schilling als Verhütungsgeld und Schweigegeld gezahlt worden seien. Die Ständesorganisation der Wiener Journalisten sind bemüht, die Angelegenheit aufzuklären. Inwieweit beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache.

Eisenbahnunglück. Aus Lexington (Missouri) wird gemeldet: Ein Eisenbahnzug von 62 Wagen, der von einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Kansas City nach Chicago brachte, entgleiste. Fünf Personen wurden getötet und mehrere verletzt. Zwei Waggeladungen Stroh kamen um.

Stiefel in Sing-Sing. Sonntag vorm im Hofe des New Yorker Gefängnisses Sing-Sing ein Rugby-Match zwischen einer aus Verbrechern bestehenden Mannschaft und einer Mannschaft der Volkspolizei. Die Polizisten legten 13:0.

Schiffszusammenstoß. Im Nordsee Kanal kollidierte Sonntag abends das holländische Motorschiff „Maraboo“ mit dem russischen Dampfer „Eibier“. Das holländische Schiff ist gesunken; die Besatzung konnte gerettet werden. Die „Eibier“ wurde nur unbedeutend beschädigt. Für Schiffe bis 31 Meter Tiefgang ist der Kanal weiterhin passierbar.

Sträflingsmutter. Die Insassen des Zuchthaus in La Coruna (Spanien) mutterten, da der Gefängniswärter ihre Beschwerden nicht berücksichtigte. Die zerrümpelten die Fenster und Türen ihrer Zellen und listeten auch sonst bedeutenden materiellen Schaden. Die Mutter wurden aber überwältigt und wieder in ihre Zellen gebracht.

Ein neuer Kandidat für den Golgen. In der Bankfirma Gorzo & Co., die sich in der sehr belebten Petöf-Straße in der inneren Stadt von Budapest befindet, erschienen Montag gegen Mittag zwei junge Leute. Der eine blieb mit verhaltenem Revolver bei der Tür stehen, der andere sprang zur Kassa und entnahm daraus 2000 Ungarische Pargel, worauf beide Räuber auf die Straße schickten, wo ein Auto sie erwartete. Der Geschäftsführer der Bank sprang in eine Autodroschke und verfolgte die Räuber. Das Auto der Räuber wurde bald eingeholt. Der eine von den Räubern, bei dem sich das Geld befand, wurde festgenommen; dem anderen gelang es, zu flüchten. Die Identität des Festgenommenen konnte noch nicht festgestellt werden; er kommt jedenfalls vor das Straßengericht.

